



Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL
Vorsitzender des Kreisverbandes
Pforzheim / Enzkreis
Geschäftsstelle
Blücherstr. 7a
75177 Pforzheim
Telefon: 07231 / 52 792
Fax: 07231 / 53 291
fdp-pf-enz@t-online.de

Newsletter Dezember 2011

„Europa spart – Grün-Rot gönnt sich neue Posten“

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

die letzten Wochen des Jahres 2011 waren für uns Liberale noch einmal spannend: Am 27. November hat Baden-Württemberg über den Finanzierungsanteil des Landes an „Stuttgart 21“ abgestimmt. Das Ergebnis war ein doppelter Vertrauensbeweis an den demokratischen Rechtsstaat. Erstens haben sich 48,3 Prozent der Stimmberechtigten im Land an der Abstimmung beteiligt. Im Enzkreis waren es sogar 50,7 Prozent, im Abstimmungskreis Pforzheim 37,1 Prozent. Eine so große Beteiligung außerhalb des Stuttgarter Raumes hatte niemand erwartet. Wir haben deshalb als FDP-Landtagsfraktion nochmals unser Angebot bekräftigt, hinsichtlich der Absenkung des für Volksabstimmungen im Land erforderlichen Quorums von einem Drittel der Stimmen auf 20 Prozent gegebenenfalls mit den Regierungsfractionen zusammenzuarbeiten. Allein die CDU blockiert weiterhin eine solche Erleichterung von Volksabstimmungen.

Zweitens haben sich bei der Volksabstimmung vom 27. November 58,8 Prozent der Teilnehmer der Abstimmung gegen einen Ausstieg des Landes aus dem Finanzierungsvertrag ausgesprochen (Im Abstimmungskreis Enz 63,2 Prozent, im Abstimmungskreis Pforzheim 59,1 Prozent). Das ist ein klares Votum für die allgemeine Vertragssicherheit und auch ein unermesslich wichtiges Signal an nationale wie internationale Investoren, dass Investitionen in Baden-Württemberg weiterhin gut und sicher angelegt sind.

Wie wichtig und international beachtet dieses Signal war, durfte ich im November während einer Delegationsreise mit dem Ministerpräsidenten nach Argentinien und Brasilien erleben. In den aufstrebenden Wirtschaftsmächten Südamerikas hatte ich durchaus Mühe, den Leuten zu erklären, warum sich eine deutsche Landesregierung nicht klar zu ihren vertraglichen Verpflichtungen und zu ihrer Projektförderpflicht bekennt. Mir ist auf dieser Reise noch einmal klar geworden, wie sehr einigen Kreisen im wohlhabenden Deutschland doch jenes Bekenntnis zum Fortschritt abhanden gekommen ist, auf Grundlage dessen sich viele Brasilianer und Argentinier derzeit Schritt für Schritt ein besseres Leben erarbeiten. Dabei war gerade dieses Bekenntnis im Deutschland der 1950er und 1960er Jahre der Schlüssel zum Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Dorthin müssen wir wieder kommen.

Während meiner Reise konnte ich auch eine Niederlassung der Pforzheimer Witzenmann GmbH in Curitiba in der südbrasilianischen Provinz Paraná besuchen. Die im Jahr 2002 gegründete Niederlassung ist eine von insgesamt acht Auslandsrepräsentanzen des Herstellers von flexiblen Metallelementen. In Curitiba produzieren 90 qualifizierte und ausschließlich einheimische Beschäftigte etwa eine Million Teile im Jahr. Die Hauptabnehmer der Produkte finden sich im südamerikanischen Pkw- und Nutzfahrzeugmarkt. Direktor Dr. Eberhard Wildermuth und Niederlassungsleiter Gilson Barcik führten mir und den anderen Delegationsteilnehmern die Funktionen des Werks vor, die sich an den Produktionswegen des Pforzheimer Stammsitzes orientieren. Die wirtschaftlichen Ausführungen waren beeindruckend: Nach Angaben von Dr. Wildermuth half der dynamisch wachsende lateinamerikanische Markt Witzenmann in den Krisenjahren 2009 und 2010 wesentlich dabei, die Einbrüche in Europa und Nordamerika auszugleichen. Brasilianische Erfolge mit deutschem Know-How sichern also auch Pforzheimer Arbeitsplätze ab. Weitere Stationen der Reise waren Buenos Aires, wo wir unter anderem das dortige Mercedes-Werk besichtigt haben, und Rio de Janeiro.

Das zweite große Thema, das uns Liberale neben der Volksabstimmung beschäftigt hat, waren der Mitgliederentscheid und der Rücktritt von Generalsekretär Christian Linder. Der Ausgang des Mitgliederentscheids ist ein gutes Zeichen für die FDP. Wir haben als einzige Partei in Deutschland offen, mit zwei in der Sache konträren Anträgen um eine Positionierung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus gerungen. Dafür müssen wir uns keineswegs schämen. Im Gegenteil: Ich bin froh, dass wir dazu jetzt einen klaren Beschluss der Basis haben. Der Antrag B des Bundesvorstandes, der 54,4 Prozent der Stimmen erhalten hat, gibt nun den währungs- und finanzpolitischen Kurs der FDP vor, auch wenn statt der 21.503 erforderlichen Stimmen leider nur 20.178 abgegeben wurden und das Quorum somit knapp verfehlt wurde. Die Eckpunkte des Antrags B weisen den Weg in eine

Stabilitätsunion mit strikten Regeln und automatischen Sanktionen bei Verstößen, in der jeder für seine eigenen Schulden haften soll und sozialistische Instrumente wie Eurobonds ausgeschlossen sind. Die 44,2 Prozent der Abstimmungsteilnehmer, die für Antrag A (Schäffler-Antrag) gestimmt haben, gilt es jetzt auf diesem Weg konstruktiv einzubinden. Was den Rücktritt von Christian Lindner anbetrifft, der noch vor der Verkündung des Ergebnisses lag, so glaube ich, dass er sich als Generalsekretär in der Verantwortung für viele Fehler und Unklarheiten sah, die es bei der Organisation und Diskussion des Mitgliederentscheids unbestreitbar gab. Ich respektiere diesen Schritt, bin aber davon überzeugt, dass Christian Lindner zu einem späteren Zeitpunkt mit all seinem politischen Potenzial zurückkehren wird. Er bleibt weiterhin ein wichtiges Mitglied der FDP.

Wer das scheidende Jahr 2011 ausschließlich als Krisenjahr in Erinnerung behält, der übersieht einen geradezu historischen Paradigmenwechsel, der sich in diesem Jahr – eigentlich ganz im Sinne der FDP – in Europa und der Welt vollzogen hat. Ich betrachte ihn als ähnlich wichtig wie ehemals die Abkehr von der nachfrageorientierten und die Hinwendung zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Es ging im Jahr 2011 um nicht weniger als um die globale Erkenntnis, dass wir überall in absehbarer Zeit zu ausgeglichenen Haushalten gelangen müssen, wenn wir unsere Wirtschaftsordnung mit einem vernünftigen Zinsniveau, einer stabilen Währung und stabilen Preisen erhalten wollen. Das Zeitalter der gönnerhaften Verschuldungspolitik neigt sich allem Anschein nach seinem Ende zu. Nach einst spendierfreudigen Ländern wie Portugal und Spanien scheint nun selbst Italien unter Ministerpräsident Mario Monti dem Sparkurs zu folgen. Und auch dass ein französischer Präsident inzwischen wagt, seinen Landsleuten vom „deutschen Modell“ der gesetzlichen Schuldenbremse vorzuschwärmen, sollte uns optimistisch stimmen.

In Deutschland selbst allerdings gibt es nach wie vor ein paar gallische Dörfer, in denen Grüne und Sozialdemokraten zwar Lippenbekenntnisse zur Haushaltskonsolidierung abgeben, das sparsame Wirtschaften dann aber ein ums andere Mal großzügig in die Zukunft verschieben. Entweder haben sie den Ernst der Lage noch nicht begriffen, oder die Versorgung von Parteigängern mit großzügig besoldeten Posten ist ihnen schlicht wichtiger als alles andere. Eines dieser gallischen Dörfer ist Baden-Württemberg. Zwar hat Grün-Rot in Stuttgart nun endlich erklärt, im Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben, aber dass die Landesregierung dies im Jahr 2011, in dem Baden-Württemberg mehr als zwei Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen zur Verfügung stehen, nur mit Mühe schafft, ist ein Zeugnis grandioser finanzpolitischer Unfähigkeit. Gemeinsam mit meinen FDP-Fraktionskollegen setze ich mich daher für die Verankerung der Schuldenbremse und der Landeshaushaltsordnung in der Landesverfassung ein.

Der Haushaltsentwurf 2012, den Grün-Rot dieser Tage vorgelegt hat, ist denn auch alles andere als ein Sparhaushalt. Natürlich kann man Mehrausgaben an der einen oder anderen Stelle rechtfertigen. Dass der Polizei zusätzliche Personalstellen zugesprochen werden, begrüße ich beispielsweise ausdrücklich. Schließlich habe ich noch im August öffentlich darauf hinweisen müssen, dass im Enzkreis Stellennachbesetzungen an den Polizeiposten Birkenfeld, Heimsheim, Illingen und Niefern-Öschelbronn von Innenminister Reinhold Gall (SPD) auf die lange Bank geschoben wurden, bevor sich endlich etwas tat. Auch die Ausgaben für Verbesserungen im digitalen Polizeifunk halte ich für angemessen. Es kann aber nicht sein, dass eine Landesregierung, die im Jahr 2012 ohnehin nochmals eine Milliarde Euro an Steuermehreinnahmen erwarten darf, über eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer zulasten von Baden-Württembergs Häuslebauern weitere gut 350 Millionen Euro eintreibt.

Wir alle können uns noch gut an die grün-rote Postenvergabeorgie im Sommer dieses Jahres erinnern. Nun hat die Landesregierung noch einmal neue Stellen in den Ministerien und weitere 200 Stellen in den nachgeordneten Behörden angekündigt. Das Stellenabbauprogramm, das noch die schwarz-gelbe Landesregierung für den Zeitraum bis 2016 aufgelegt hatte, soll darüber hinaus bis 2020 gestreckt werden, also über die nächste Landtagswahl hinaus. Allein das Integrationsministerium, dessen mitteilungsfreudige Ministerin Bilkay Öney (SPD) im August ja ohnehin schon kundtat, dass ihr Ressort organisatorisch eigentlich gar kein eigenständiges Ministerium benötige, hat 33 neue Stellen des höheren Dienstes erhalten. Gleichzeitig nimmt die Landesregierung den Beamten 130 Millionen Euro an Einsparungen ab, zum Teil in Form einer Verschiebung der Besoldungsanpassung, zum Teil durch dauerhafte Einschnitte bei der Beihilfe. Die Indianer werden geschröpft, damit es immer mehr Häuptlingen gut geht!

Auch bei der Finanzierung der Landesstraßensanierung arbeitet die neue Landesregierung mit einer Mogelpackung. Im Jahr 2011 standen dafür 105 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahr 2012 sollen nur noch 100 Millionen Euro für diesen Zweck eingesetzt werden. Davon entnimmt Finanzminister Nils Schmid (SPD) 50 Millionen Euro dem Haushalt und 50 Millionen Euro der sogenannten Sanierungsrücklage. Das heißt, die Rücklagen werden nicht aufgezehrt, um zusätzliche Mittel für Straßensanierungen zu mobilisieren, sondern um kurzfristig den Haushalt zu entlasten. Mit nachhaltiger Finanzpolitik hat dieser Taschenspielertrick nichts zu tun. An das Wahlkampfversprechen, für die Finanzierung der Krankenhäuser etwa 600 Millionen Euro einzusetzen, will sich die grün-rote Landesregierung andererseits gar nicht mehr erinnern – jetzt will sie dafür nur noch 370 Millionen Euro aufbringen. Zugleich schafft Nils Schmid als Finanzminister die Studiengebühren wieder ab,

für die er einst selbst eintrat. Wir haben als FDP für nachlaufende Studiengebühren geworben, also für solche, die erst gezahlt werden müssen, wenn die Akademiker nach dem Studium in Lohn und Brot stehen. Dies würde niemanden von einem Studium abschrecken, den Haushalt nicht belasten und zudem wäre es auch sozial gerecht, wenn die Putzfrau nicht mit ihren Steuern das Studium des Chefarztes finanzieren müsste. Doch an dieser sozialen Ungerechtigkeit scheint sich Herr Schmid heute nicht mehr zu stoßen.

Ein weiterer Punkt, an dem wir nun Klarheit auch seitens der neuen Landesregierung fordern, ist der Umgang mit dem Energieversorger EnBW seit dem umstrittenen Ankauf der Anteile im vergangenen Jahr durch die alte Landesregierung. Der Untersuchungsausschuss, der jetzt mit der Zustimmung aller Landtagsfraktion eingesetzt wird, soll alle Fakten auf den Tisch bringen. Dabei lege ich aber schon Wert darauf, dass die Unternehmensgeschichte nicht mit dem Datum der Landtagswahl am 27. März 2011 endet. Wir halten es beispielsweise für überaus interessant, ob die Kapitalerhöhung um 400 Millionen Euro, welcher die Landesregierung urplötzlich zustimmt, tatsächlich ein „Kopfgeld“ ist, das der baden-württembergische Steuerzahler für das Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Hans-Peter Villis bezahlen soll. Nach wie vor erstaunlich ist auch der Zeitpunkt, an dem die Grünen erklärt haben, auf einmal doch einen Ausschuss einsetzen zu wollen. Erst hatten sie erklärt, es gebe zu wenige Akten dafür. Und jetzt scheint Herr Kretschmann allem Anschein nach einen geheimen Wandschrank in seinem Büro in der Villa Reitzenstein gefunden zu haben, aus dem ihm ganz überraschende Unterlagen entgegengefallen sein müssen. Ansonsten erschließt sich mir nicht, wie sich die Aktenlage auf einmal so dramatisch verändert haben soll. Und die Begründung der Fraktionsvorsitzenden der Grünen Edith Sitzmann, der frühere Ministerpräsident Stefan Mappus habe ja gerade erst angeboten, sich von der Schweigepflicht entbinden zu lassen und ausführlich Stellung zu beziehen, ist dermaßen an den Haaren herbeigezogen, dass es schmerzt. Ich kann mir kaum vorstellen, dass der frühere Ministerpräsident eine Vorladung vor einen Untersuchungsausschuss mit der Begründung ablehnen würde, er habe keine Lust. Sie sehen, ich bin gespannt auf das kommende Jahr.

*

Die Mitgliederversammlung des FDP-Kreisverbandes Pforzheim / Enzkreis hat am 2. Dezember 2011 turnusgemäß den Kreisvorstand gewählt. Dafür, dass ich wieder im Amt des Kreisvorsitzenden bestätigt wurde, sowie für die tatkräftige Unterstützung im Jahr 2011 und nicht zuletzt im Landtagswahlkampf bedanke ich mich herzlich. Unser Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Erik Schweickert wurde als Stellvertretender

Kreisvorsitzender ebenso bestätigt wie Marianne Knaupp. Nachdem Monika Descharmes nicht wieder als weitere Stellvertretende Kreisvorsitzende kandidieren wollte, wurde Caroline Mai zu ihrer Nachfolgerin gewählt. Marion Kabbe wurde abermals als Schatzmeisterin bestätigt. Als Beisitzer wurden Thomas Ludwig, Berthold Wohlbold, Rolf Schneider, Mischa Dambrowsky, Bärbl Maushart und erstmals Sven Gerst in den Kreisvorstand gewählt. Monika Descharmes und Werner Häußermann, die nun beide aus dem Vorstand ausgeschieden sind, möchte ich nochmals für ihr Engagement in den vergangenen Jahren danken. Es freut mich ganz besonders, dass wir im Kreisverband nicht nur eine stabile Mitgliederzahl aufweisen können, sondern das wir neuerlich einen sowohl von der Altersstruktur als auch von der Zugehörigkeit zu den Ortsverbänden her ausgewogenen Kreisvorstand gewählt haben.

Zu wählen waren außerdem 12 Delegierte für den Landesparteitag sowie die Ersatzdelegierten. Als Delegierte wurden gewählt: Dr. Hans-Ulrich Rülke, Prof. Dr. Erik Schweickert, Dr. Andreas Schaumayer, Marianne Knaupp, Frank Schneider, Thomas Ludwig, Bärbl Maushart, Mischa Dambrowsky, Matthias Koch, Berthold Wohlbold, Ursula Riedl und Philipp Demiroglou. Als Ersatzdelegierte wurden gewählt: Matthias Köhler, Marion Kabbe, Monika Descharmes, Achim Reinhold, Dr. Rupprecht Maushart, Sven Gerst, Caroline Mai, Raul Steimbach, Dr. Christoph Wagner, Rolf Schneider, David Schramm und Dr. Jens Hanf. Die Landesparteitagsdelegierten und Ersatzkandidaten bilden gemeinsam die Delegation zum Bezirksparteitag. Für den Landeshauptausschuss wurden Prof. Alexander Dürr, Bärbl Maushart und Sven Gerst als Delegierte gewählt, als Ersatzdelegierte Dr. Andreas Schaumayer, Caroline Mai und Dr. Rupprecht Maushart.

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,
Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein gesegnetes neues Jahr. Ich hoffe, dass 2012 Ihnen allen persönlich, aber auch der FDP wieder Erfolg und die in allen Lebenslagen notwendige Portion Glück bringt. Dazu sollten wir alle gemeinsam beitragen. Zuletzt möchte ich noch auf den FDP-Neujahrsempfang am Samstag, 21. Januar 2012 um 14 Uhr im Pforzheimer Reuchlinhaus in der Jahnstraße 42 hinweisen. Hauptredner wird diesmal der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle sein.

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender